

Box 16: Ein ökologischer Rahmen für die Marktwirtschaft

Gerhard Maier-Rigaud

Das Marktsystem garantiert von sich aus keine permanente Vollbeschäftigung aller Ressourcen (Geld- und Lohnpolitik), tendiert zur Ausschaltung des Wettbewerbs (Wettbewerbspolitik) und ist nicht sozial, weil Gerechtigkeit eine Kategorie jenseits von Angebot und Nachfrage ist (Sozialpolitik, Steuerpolitik). Eingebettet in politisch gestaltete Rahmenbedingungen („soziale Marktwirtschaft“, Freiburger Imperativ, Ordoliberalismus) hat dieses Wirtschaftssystem eine mächtige Dynamik entfaltet. Seine Effizienz hat zu nie gekannten Wohlstandssteigerungen geführt. Aber die gleiche Effizienz treibt dieses System seiner eigenen Logik folgend zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Es ist auf Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, auf Externalisierung in Richtung Natur und zukünftige Generationen angelegt. „Der Hexensabbat, den die Menschheit in den kapitalistischen Ländern seit dem Beginn des 19. Jahrhundert aufführt, wird wohl erst ein Ende nehmen, wenn die letzte Tonne Erz mit der letzten Tonne Kohle verhüttet sein wird.“*

Defensive ökologische Antworten zielen darauf ab, dem ökonomischen Prozess eine gehörige Dosis Valium zu verabreichen, um ihn zu „entschleunigen“. Die Diktatur des Wettbewerbs auf den Weltmärkten soll gebrochen werden. Letztlich soll die Effizienz des evolutiven Systems Markt als eigentliche Ursache der Umweltzerstörung gemindert werden. Die Entglobalisierung der Faktor- und Gütermärkte gilt als Voraussetzung für (nationale) Nachhaltigkeitsstrategien (vgl. Box 17, Anm. d. Hrsg.).

Die offensive ökologische Antwort zielt auf die rigorose „Ausbeutung“ der inhärenten Dynamik des Marktsystems für die Erreichung ökologischer Ziele. In einer Welt zunehmender ökologischer Knappheiten wäre es absurd, auf die Effizienz von Märkten zu verzichten. Dieser Weg hat sich auch historisch als richtig erwiesen. So wurde die im 19. Jahrhundert aufkommende „soziale Frage“ nicht durch eine die Industrialisierung verhindernde Politik angegangen, sondern durch die Schaffung neuer Institutionen (soziale Sicherungssysteme, Steuerpolitik). In ähnlicher Weise sind jetzt für die „ökologische Frage“ Antworten zu entwickeln. Es geht um neue Rahmenbedingungen für die Privatökonomie, um neue Institutionen, um die ökologische Marktwirtschaft. Wir brauchen eine Verfassung der Nachhaltigkeit.

Das ökologisch destruktive System Markt muss transformiert werden zu einem mächtigen Instrument im Dienste nachhaltiger Entwicklung. Das Projekt Nachhaltigkeit kann nur erfolgreich sein, wenn es die Steuerungslogik von Märkten für seine Zwecke instrumentalisiert, d.h. die ökonomischen Interessen auf ökologische Ziele richtet. Dafür sind andere relative Preise notwendig. Diese ändern das privatökonomische Kalkül aller Akteure und aktivieren den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren (Hayek) für effiziente nachhaltige Entwicklungspfade. .../

Eine Politik der Nachhaltigkeit muss sich von der überkommenen Umweltpolitik nicht nur in der Zielsetzung, sondern auch in Bezug auf das instrumentelle Arrangement unterscheiden. Statt punktueller Interventionen mit im Grunde beliebigen Instrumenten, ist eine ordnungstheoretisch fundierte Steuerungskonzeption notwendig, welche die Spielregeln definiert und es so möglich macht, dass die Akteure ihre Spielzüge an der einzelwirtschaftlichen Rationalität orientieren können.

Ökologische Rahmensteuerung bedeutet, die großen Ressourceninputströme (z.B. kohlenstoffhaltige Rohstoffe) und die Abfallströme (Output, Emissionen) auf langfristig durchhaltbare Mengen zu begrenzen. Die dafür geeigneten Lenkungsinstrumente sind Zertifikate und Lizenzen. Sie generieren die zu den politisch definierten Mengenschranken passenden Preise. In der Hierarchie der Instrumente folgen dann Ökosteuern und schließlich spezifische Arrangements für Einzelprobleme. Das ist ökologische Ordnungspolitik im Gegensatz zum Ordnungsrecht, welches immer noch fast 100 Prozent der Umweltpolitik ausmacht und das im Marktsystem liegende dynamisch-schöpferische Potenzial nicht aktiviert, sondern unterdrückt.

Das Problem sind nicht die Märkte. Sie versagen nicht, sondern optimieren den Prozess entsprechend den herrschenden relativen Preisen und Rahmenbedingungen. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Akteure des Systems von ökologischen Einsichten geleitet werden. Letztlich setzt sich die Logik der Märkte durch. Das Problem liegt im Versagen der Politik. Sie hat die falschen Rahmenbedingungen zu verantworten. Aber es sind Wirtschaftswissenschaftler, die ihr dafür die Rechtfertigungsmuster liefern. Denn trotz aller Versöhnungssymbolik behauptet die herrschende Lehre, die Nachfrage nach Nachhaltigkeit sei verknüpft mit einem geringeren Angebot an Arbeitsplätzen, mit einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und einer von Umweltschutzkosten getriebenen inflationären Tendenz.

Literatur: **Maier-Rigaud**, G. (1991): Background to the Conflict between Economic and Ecological Ends, Ecological Economics. The Journal of the International Society for Ecological Economics, 4: S. 83-91; **Maier-Rigaud**, G. (1997): Schritte zur ökologischen Marktwirtschaft. Kapitel E: Wirtschaftspolitik und Nachhaltigkeit. Marburg: Metropolis; **Maier-Rigaud**, G. (1999). Der neoliberale Grundwiderspruch zwischen Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit, GAIA, Ecological Perspectives in Science, Humanities, and Economics, 8(3): S. 169-175

* Max Weber frei zitiert. Vgl. G. Maier-Rigaud, Umweltpolitik in der offenen Gesellschaft, Opladen 1988, S. 180 Fußnote 3.

Globalisierung, Transaktionskosten und Umweltexternalitäten

Wirtschaftswissenschaftler/innen vertreten seit langem die These, dass Handel vorteilhaft ist, ausgedehnt werden sollte und dass die Regierungen Marktaktivitäten nicht einschränken sollten. Auf der Grundlage der Tauschlogik haben sie eine starke Rechtfertigung für die allgemein begrüßte Globalisierung der Weltwirtschaft durch die Ausdehnung der Institution des Marktes geliefert.